

Veröffentlichungsweg: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Blattgröße 60 Blg. Reklamen 2.— Mf. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9.

Mittwoch, den 15. Dezember 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Mt. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Ein politischer Prozeß.

Immerwieder die Frage der Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917.

Berlin, 14. Dez. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann gestern die Verhandlung über eine Privatklage des Staatsministers a. D. Dr. Helfferich gegen den Redakteur der Charlottenburger Zeitung „Neue Zeit“, Anselm Zoel. In zwei Artikeln der „Neuen Zeit“ wurde Helfferich als Fälscher bezeichnet, weil er in einer Polemik gegen den damaligen Reichsfinanzminister Erzberger ein amtliches Dokument verunstaltet und entstellt wiedergegeben habe. Erzberger habe in der Nationalversammlung am 25. Juli 1919 behauptet, noch im August und September 1917 sei durch Vermittlung des Vatikans ein ernsthaftes Friedensangebot der englischen Regierung an die deutsche Regierung herangebracht worden. Die deutsche Regierung jedoch habe die letzte Friedensmöglichkeit ausgelassen. Helfferich habe die Erzbergerschen Enthüllungen in der „Kreuzzeitung“ als einen gewissenlosen und niederträchtigen Volksbetrug von vorbildlicher Dreistigkeit bezeichnet. Zur Widerlegung führte er aus den russischen Geheimdokumenten, die im Dezember 1917 von der Bolschewistenregierung veröffentlicht worden waren, ein Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London vom 6. Oktober 1917 an. Die auszugswweise Wiedergabe dieses Berichts in dem Helfferich-Artikel in der „Kreuzzeitung“ gab dem Angeklagten Veranlassung, den Privatkläger als Fälscher zu bezeichnen. — Ein Vergleich wird von beiden Seiten abgelehnt. — Dr. Helfferich bestreitet, daß er den Eindruck habe erwecken wollen, als ob er das ganze Dokument veröffentlichte. Er vertret mit allem Nachdruck den Standpunkt, daß die Behauptung der Möglichkeit, 1917 zu einem Frieden zu kommen durchaus falsch sei. — Der Angeklagte suchte nachzuweisen, daß England nicht abgeneigt gewesen sei, in Friedensunterhandlungen einzutreten unter der Vorbedingung, daß Deutschland sich zur Wiederherstellung von Belgien verpflichten würde. Eine amtliche Erklärung sei jedoch nicht abgegeben worden. — Wirklicher Geheimrat von Kühlmann bekundete unter seinem Eid, es sei von der Reichsregierung der Beschluß gefaßt worden, daß durch Vermittlung einer neutralen Persönlichkeit sondiert werden solle, ob auf englischer Seite Geneigtheit bestehe, in Fourparlers einzutreten. Diese Persönlichkeit habe berichtet, daß zu jener Zeit keinerlei Neigung zu Besprechungen vorhanden war. Als der Papst eine offizielle Friedensnote geschickt habe, sei gleichzeitig von dem Runtius Pacelli die Andeutung gekommen, daß diese päpstliche Friedensaktion veranlaßt worden sei durch eine Anfrage des englischen Gesandten. Diese habe man vielleicht als eine gewisse Bereitschaft Englands deuten können. Schon vorher war zwischen dem Reichskanzler und mir eine private Sondierung in Aussicht genommen worden. Hätte diese ergeben, daß in England soweit eine Friedensneigung vorhanden war, daß sie zu einer Friedenskonversation führen konnte, so wäre die päpstliche Aktion nicht stehen geblieben. Diese vertrauliche Sondierung ergab aber das Gegenteil. Deutschland sei bereit gewesen, die Bedingung der Integrität und Souveränität Belgiens zu akzeptieren. — Der Angeklagte und sein Verteidiger betonten gegenüber diesen Bemerkungen, daß England die Wiederherstellung Belgiens zur Vorbedingung gemacht habe. Justizrat Broß verwies auf den bekannten Brief des damaligen Reichskanzlers Dr. Michaelis an den Generalfeldmarschall von Hindenburg. Darin stehe ausdrücklich, daß unbedingt nötig, ein Sicherungsgelände und ein enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens gefördert werden müsse. — Der Privatkläger glaubt, daß es sich hier um einen Privatbrief des Dr. Michaelis an Marschall Hindenburg handele. Der Kaiser habe am Schluß seines Resumes über den Kronrat zu den Anwesenden gesagt: Jetzt zeigen Sie, was Sie können, und sorgen Sie, daß wir bis Weihnacht den Frieden haben. — Zeuge Dr. Michaelis schließt sich im allgemeinen den Bekundungen von Kühlmann und Dr. Helfferich an. Der Brief an Hindenburg war gewissermaßen der Brief eines Freundes an einen Freund, das heißt an einen Mitarbeiter aus dem öffentlichen Leben. Dieser Briefwechsel hat keinen Einfluß ausgeübt auf die Instruktionen, die Herr von Kühlmann seinem Beauftragten gab. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 100 M. Geldstrafe, eventuell zehn Tagen Gefängnis, indem es annahm, daß der Vorwurf der Fälschung nicht berechtigt sei. — Der Angeklagte legte gegen das Urteil Berufung ein. — So harmlos wie Michaelis es darstellt, ist sein Brief an Hindenburg denn doch nicht aufzu-

fassen. Er war seinerzeit Reichskanzler und damit zugleich auch verantwortlich für die Außenpolitik. Wenn er sich daher dem Leiter des deutschen Heeres gegenüber in dieser ausschlaggebenden Frage ausdrückt, so hat seine Anschauung denn doch ein anderes Gewicht als das eines „Freundes“ oder Privatmannes. Im übrigen sind diese Auseinandersetzungen heute alle nutzlos, und nur geeignet, unsere innere Politik noch mehr zu vergiften.

Völkerbundsversammlung.

Die Abrüstungsfrage.

Genf, 14. Dez. In der fortgesetzten Aussprache über die Abrüstungsfrage in der Völkerbundsversammlung betonte der norwegische Delegierte Lange in seinem in der Kommission eingebrachten Antrag, daß die Militärbudgets der verschiedenen Staaten sehr wohl als Grundlage dienen könnten für eine praktische Abmachung in dem Sinne, daß diese Budgets stabil bleiben und die Militärausgaben nirgends erhöht werden sollten. Im übrigen sei der Vorschlag der Kommission nur eine Empfehlung an die Regierungen. Auf jeden Fall müßten aber die Militärausgaben der Kontrolle des Völkerbunds unterliegen. — Für Belgien erklärte sich Poulet mit der Resolution einverstanden. — Für England betonte Fisher, daß der Vorschlag für die Regierungen in keiner Weise verbindlich sei. Die britische Regierung werde aber zweifellos den Vorschlag sympathisch aufnehmen, da sie der Abrüstungsfrage sehr günstig gesinnt sei. Er teile den Standpunkt Bourgeois nicht, daß gleichzeitige Beschränkungen der Eisens in den verschiedenen Staaten praktisch schwer durchzuführen seien. — In der Abstimmung wurden sämtliche Anträge einstimmig angenommen, ausgenommen der Antrag über die Beschränkungen der Militärbudgets in den nächsten 3 Jahren. Ueber diesen Antrag entspann sich noch eine längere Debatte, die damit endigte, daß der Antrag der Kommission auf Beschränkung der Militärausgaben in den Jahren 1922 und 1923 auf den Budgetposten des Jahres 1921 mit dreißig gegen sieben Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen wurde. Dagegen stimmten Frankreich, Griechenland, Polen, Rumänien, Brasilien, Chile und Uruguay. Das Verlangen auf Abstimmung über diesen Kommissionsvorschlag in Form einer Resolution, wofür sich besonders Barnes-England energisch eingesetzt hatte, wurde nicht erfüllt, da für die Annahme als Resolution Einstimmigkeit erforderlich gewesen wäre. — Es bleibt also beim Alten. Es wird fortgerüstet!

„Beschlüsse.“

Genf, 14. Dez. Die zweite Kommission beantragte, der Völkerbund möge im Einverständnis mit der holländischen Regierung die Aufgaben übernehmen, die gemäß dem Abkommen über den Opiumhandel der holländischen Regierung obliegen. Das Sekretariat des Völkerbunds soll beauftragt werden, sich über die Maßregeln zu erkundigen, die bisher in den verschiedenen Ländern zur Ausführung des Opiumabkommens ergriffen wurden. Um ein enger Zusammenarbeiten zu ermöglichen, soll der Völkerbundsrat eine Kommission mit beratendem Charakter ernennen, in der die am meisten interessierten Nationen vertreten sind und die dem Völkerbundsrat alljährlich drei Monate vor der Völkerbundsversammlung Bericht erstattet. — Die Kommission faßte ferner einstimmig Beschlüsse über die Kontrolle der Abkommen über den Mächten- und Kinderhandel und die Deportation der Frauen und Kinder in Anatolien und Armenien. — Warum nicht über den Ausrottungszug der Engländer in Irland und die fortdauernde Hungerplagade der Entente und ihrer neutralen Helfershelfer gegen Deutschland?

Amerika und der Völkerbund.

Genf, 14. Dez. Der amerikanische Senator Mac Cormit traf von Paris kommend, in Genf ein, wo er am Montag auf der Pressetribüne der Völkerbundsversammlung anwohnte. Er reiste gestern Abend weiter und zwar wie es heißt, nach Ungarn und Rumänien. — Nach dem „Journal de Geneve“ erklärte er u. a., es sei nicht ausgeschlossen, daß Senator Knox unter der neuen Präsidentschaft Staatssekretär würde und dann den Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland herstellen werde. Da Deutschland niemals an Amerika den Krieg erklärt habe, genüge eine einseitige Erklärung der Vereinigten Staaten, die sich dann dem Versailler Vertrag anschließen würden, soweit er ein Friedenswerk sei und der amerikanische Senat die Politik des Landes diesem Vertrag gegenüber festgelegt habe. — Nach der „Suisse“ hat

sich Mac Cormit mit Balfour und Barnes unterhalten. Er soll, nachdem er der Sitzung der Völkerbundsversammlung beigewohnt hatte, erklärt haben, daß man viel zu viel Zeit mit zwecklosem Geschwätz verliere. Das Blatt meint, daß Mac Cormit weniger denn je an den Völkerbund glaube.

Zur äußeren Lage.

Forderungen der tschechischen Sozialisten.

Prag, 15. Dez. Im „Cesto Slowo“ wird berichtet, die Vollzugsausschüsse der tschechischen Sozialdemokratie und der Kommunisten hätten beim Ministerpräsidenten folgende Forderungen erhoben: Rücktritt der Regierung Cerny, Amnestie für alle Ausschreitungen bei den Kundgebungen, Erhöhung der Löhne um 30 Prozent, Weihnachtsgulage von 1000 Kronen für die Person. Ferner wird verlangt, daß die beschlagnahmten Betriebe bis zur Übernahme in parlamentarische Erwägung in den Händen der Arbeiterschaft bleiben sollen und eine Kontrolle aller landwirtschaftlichen, industriellen und Bankbetriebe sofort eingeführt werde. — Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat eine Entschließung angenommen, nach der der Vorstand eine Beteiligung an dem allgemeinen Ausstand, dessen Folgen unabsehbar seien, nicht anraten kann.

Ein Havas-Dementi.

London, 15. Dez. (Havas.) Von autorisierter Seite wird die Nachricht von der Proklamierung einer Bauernrepublik in Belgrad, die von der „Kölnischen Zeitung“ gebracht und von verschiedenen Blättern wiedergegeben wurde, entschieden dementiert.

Abreise des Königs von Griechenland aus der Schweiz.

Luzern, 14. Dez. Nach einem Aufenthalt von 26 Monaten in Luzern ist heute Nachmittag kurz nach 1 Uhr der König von Griechenland samt seiner Familie und seiner weiteren Umgebung mit dem Gotthardzug abgereist. Einige hundert Neugierige hatten sich am Bahnhof eingefunden. Dem abreisenden König wurden Blumen überreicht.

Die Komödie zwischen Rußland und England bezüglich der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen.

London, 15. Dez. (Havas.) Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland haben in eine Sackgasse geführt und es hat nicht den Anschein, als ob man wieder daraus herauskomme, solange Moskau den Willen bekundet, die Verhandlungen zu verzögern. Lenin und seine Freunde nehmen gegenüber den Bedingungen, wie sie in dem Entwurf vom verstorbenen Monat Juli aufgestellt wurden, fortdauernd eine ablehnende Haltung ein. Sie beharren auf Annahme des Abkommens in seiner früheren Fassung.

Bolschewistische Führer nach Bulgarien.

Sofia, 15. Dez. (Havas.) Tschischewin richtete an die bulgarische Regierung ein Radiotelegramm, in dem er sie ersucht, die diplomatischen Beziehungen mit seiner Regierung wieder aufzunehmen. Die bulgarische Regierung hat noch nicht geantwortet.

Die Gefahr eines amerikanisch-japanischen Krieges.

Berlin, 14. Dez. Die beiden hauptsächlichsten Streitpunkte zwischen Amerika und Japan, die Einwanderungsfrage und das Japankabel, sind in den letzten Tagen in ein kritisches Stadium eingetreten. Die Kalifornier besonders sind entschlossen, die Bestimmungen des neuen Gesetzes über die Siedlungsrechte der Ausländer (lies: Japaner) in Amerika nicht durchzuführen, und haben diesbezügliche Erklärungen abgegeben. Die Kabelfrage ist durch die Washingtoner Konferenz einer Lösung nicht näher gebracht worden. Die Haltung der Japaner, die auf der Insel in der Nähe der Philippinen konzentriert haben und alle Kabelmeldungen Amerikas von und nach der Insel zensurieren, hat in Amerika großes Aufsehen hervorgerufen. Das Abkommen Amerikas über Sibirien und Kamtschatka hat in Japan sehr beunruhigend gewirkt und Lenins Erklärungen tragen sicher auch nicht zur Entspannung bei. Man wird in Japan nicht so lange warten wollen, bis Amerika an den nahen Küsten eine militärische und wirtschaftliche Basis geschaffen hat.

Berlin, 14. Dez. Nach einem Bericht der „Pravda“ hat Lenin in einer Rede bei einer Zusammenkunft mit amerikanischen Sozialisten mitgeteilt, daß ein amerikanisches Mißtrauensforum versucht hat, Konzessionen auf Kamtschatka für eine bedeutende Reihe von Jahren zu erhalten. Der amerikanische Vertreter gab offen zu, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines Krieges mit Japan eine Basis in Ostasien nötig hätten, und man gab zu verstehen, sagte

Impfe
schuhe
dchen
r Damen
nd Herren
beken
Friedrich-
1243.

egember 1920.
elge.
ige.
Verwandten
innigstgeliebte
n und Tante
e Roller
äfer,
von ihrem
nsten Tod er-
interbliebenen:
Roller.
mittag 2 Uhr.

egember 1920
g.
eise herzlich
list, der uns
lieben Gattin
Röle
diesem Wege
chen zu dürfen.
benen:
nd Kinder.

einemaisfutter
ügelweichfutter
örnerfutter
Mais
utterkalk
Otto Jung.

fort wird ein jüngeres
Rädchen
hilfe im Haushalt
gejucht.
eres
t Boley, Hirsau,
Schweinbachtal.

bensstellung
schreibsamen Herren
ndienst großer Ver-
ngsgesellschaft. Off.
S. B. 1589 an
Rudolf Mosse,
Stuttgart.

Reithose,
auch getragen,
ht zu kaufen.
? sagt die Geschäfts-
da. Bl.

Lenin, daß, falls wir Kamtschatka den Amerikanern verkaufen wollen, Amerika die Sowjetregierung anerkennen werde. Ein Vertrag über die Abtretung Kamtschatkas ist noch nicht unterzeichnet worden. Die Sowjetregierung ist indessen bereit, Amerika entgegenzukommen, und je mehr sich die Verhältnisse zwischen den Vereinigten Staaten und Japan zuspitzen, umso besser werden die Aussichten für Rußland.

Deutschland. Reichstag.

Berlin, 14. Dez. Auch heute standen auf der Tagesordnung des Reichstags zunächst wieder einige Anträge. Auf eine deutschnationale Anfrage wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Hafer wird regierungsseitig geantwortet, die Mißstände auf dem Gebiet der Haferversorgung seien der Regierung bekannt und es werde alles getan, um sie zu beseitigen. An eine Aufhebung der Zwangswirtschaft und der Höchstpreise im laufenden Wirtschaftsjahr sei nicht zu denken. Auf eine weitere Anfrage von der gleichen Seite betreffend das Kleingeld wird von der Regierung erklärt, daß in zwei Jahren für mehr als 1 Milliarde Kleingeld geprägt worden sei und es werde weiter mit höchster Anstrengung gearbeitet. Wenn trotzdem noch Mangel bestände, so liege das daran, daß das Publikum das Geld zurückhalte. — Hierauf setzte das Haus die zweite Beratung des Haushaltsplans des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fort, wobei auch heute wieder die bekannten Klagen vorgebracht wurden. Nach Beendigung der allgemeinen Aussprache beschloß das Haus, über die Anträge und Entschlüsse morgen abzustimmen. In der Spezialdebatte wurden einige Posten angenommen, wobei es zu großem Lärm auf der Rechten und in der Mitte kam, als der unabhängige Abgeordnete Moses vor einer Heiße gegen die Entente und Frankreich wegen der Forderung der Milchliehe warnen zu müssen glaubte, die in diesem Umfang niemals gestellt worden sei. Nach kurzer weiterer Debatte wurde der Rest des Haushalts angenommen und die nächste Sitzung auf Mittwoch Nachmittag 1 Uhr anberaumt mit der Tagesordnung: Bestimmungen, Gesetz gegen die Kapitalflucht, Interpellation Herzt und Genossen usw.

Die katastrophalen Folgen der fortgesetzten Hungerblockade.

München, 14. Dez. Im Auditorium Maximum der Universität fand heute eine große Volksversammlung statt, in der vom medizinischen und hygienischen Standpunkt aus unter Ausschreibung jeder Politik, die katastrophalen Folgen der fortgesetzten Hungerblockade, sowie weiterer Viehablieferungen beleuchtet wurden. Referenten waren die Universitätsprofessoren Dr. Kaup, Dr. Fischer und Dr. von Zumbusch.

Berlin. Einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ aus Frankfurt a. M. zufolge nahm eine aus Südwestdeutschland und Westdeutschland außerordentlich stark besuchte Versammlung von Kinderärzten nach längerer Beratung über die Frage der Ablieferung der Milchliehe an Frankreich eine Entschliebung an, in der schärfster Einspruch gegen diese unglaubliche Forderung der Entente erhoben wird. — Die Unabhängigen aber sagen, das sei Heße.

Das Entnationalisierungsbestreben der interalliierten Rheinlandskommission.

Berlin, 15. Dez. Einer Berliner Blättermeldung aus Köln zufolge berichtet die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“, daß die interalliierte Rheinlandskommission die politische Tätigkeit des Kölner Polizeipräsidenten Runge für unvereinbar mit seinen Amtspflichten halte. Die starke Zunahme der Kriminalfälle in Köln wird auf die starke Belastung des Polizeipräsidenten mit parteipolitischen Aufgaben zurückgeführt. Die „Rheinische Zeitung“ erzählt weiter, daß auch gegen andere höhere politische Beamte in dem besetzten Gebiet Aktionen der Rheinlandskommission im Gange seien. — Das sind natürlich nur billige Ausreden, um mißliebige deutsche Beamte, die ihre vaterländische Pflicht erfüllen, zu beseitigen. Vaterländisches Empfinden wird nämlich, wenn es sich um Deutsche handelt, als ein Vorgehen gegen die heiligen Gesetze der Entente betrachtet.

Das Programm des sozialistischen Ministeriums in Sachsen.

Dresden, 15. Dez. Gestern entwarf in der Volkskammer Ministerpräsident Bud sein Regierungsprogramm. Die Regierung habe die Pflicht, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und auszubauen. Die Reichsverfassung zwänge den Aufgabenkreis der Länder ein. Trotzdem haben wir die Pflicht, zu den großen gesetzgeberischen Maßnahmen des Reichs unsere Auffassung bekannt zu geben und sie in sozialistischem Sinne zu fördern. In innigem Zusammenhang damit steht die Frage des Wiederaufblühens der Industrie und der großen Unternehmungen. Der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bringt die Regierung das größte Interesse entgegen. Sachsens Exportindustrie bedarf dringend der Aufträge aus aller Welt. Die steigende Not proletarisiert immer weitere Kreise. Eine soziale Umschichtung tritt zusehends ein. In den Kreisen der Beamten ist eine neue Erregung bemerkbar, der Staat selbst aber befindet sich in schwersten finanziellen Nöten. Die Schulreform muß fortgeführt werden. Ihre Fortsetzung und Vervollendung wird die Hauptaufgabe des neuen Kultusministers sein. Die Notwendigkeit, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben herzustellen, wird den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Steuern erfordern.

Der Kampf der Berliner Hoteliers um die freie Bewirtschaftung.

Berlin, 15. Dez. Die Berliner Hotelbesitzer haben gestern einstimmig beschlossen, ihre Küchenbetriebe und Restaurants bis spätestens heute Abend zu schließen. In den Hotels werden weder Speisen noch Getränke verabreicht werden. An den Präsidenten des Verbands deutscher Hotelbesitzervereine wurde das Ersuchen gerichtet, unverzüglich die Schließung aller Küchenbetriebe im Reich herbeizuführen. Die Arbeitnehmer im Berliner Hotelgewerbe haben da-

gegen in einer Versammlung nach die Verurteilung der behördlichen Maßnahmen gegen die Hotels ausgesprochen, aber die sofortige Öffnung der Betriebe und die Weiterführung der Unternehmungen unter Beachtung der bestehenden Gesetze verlangt.

Großfeuer.

Berlin, 15. Dez. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Halle meldet, vernichtete auf der Domäne Derben in der Provinz Sachsen ein Großfeuer für über 2 Millionen Mark Getreide.

Polnisches Geld.

Deutschland ist ein Volk von Bettlern, aber Polen das reichste Land der Welt! So sagte Korfanty in einer Agitationsrede in Koserberg (Schlesien). Der Stand der polnischen Valuta beweist aber das Gegenteil. Denn eine deutsche Mark ist heute 8,5 mal soviel wert wie eine polnische, die auf den internationalen Börsen überhaupt nicht notiert wird. Nur eine einzige Fabrik arbeitet in Polen mit Hochdruck, die Notenfabrik in Kallsch. Einen höheren Kurs haben die von der deutschen Zivilverwaltung ausgegebenen Noten. Sie sind 25 Btg. wert, denn das Deutsche Reich wird für die Einlösung haftbar gemacht.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. Dezember 1920.

Besitzwechsel.

Das Anwesen des Gastwirts Grotz zum „Scharfen Eck“ samt Hintergebäude wurde um den Preis von 280 000 Mark von der hiesigen Antiklerikervereinigung angekauft. Die Wirtschaftsräume sollen zur Einrichtung der Kanzlei des neu zu gründenden Jugendamts benützt werden. Die anderen Räumlichkeiten werden zunächst für Wohnzwecke weiter belassen.

Diebstahl.

Dem im „Arabien“ wohnhaften Zugführer Grammer wurden in einer der letzten Nächte 4 Riefengänse und anderes Geflügel aus dem Stall gestohlen. Der Eigentümer hatte sonst jeden Abend Sicherheitsmaßregeln getroffen, in der gestrigen Nacht aber wurde der Stall nur verriegelt. Der Schaden ist ziemlich beträchtlich.

Bereitete Getreidebeschlebung.

Ein Waggon „Deu“, welcher von Reibitz nach Siegen bestimmt war, enthielt bei der Durchsichtung auf dem hiesigen Bahnhof 16 Zentner Hafer.

Das Erscheinungsfest bleibt Feiertag.

Das Ernährungsministerium teilt dem Vereinigten Nationalen Handlungsgehilfenverband mit, daß nicht beabsichtigt sei, das Erscheinungsfest als Arbeitstag zu erklären.

Landessteuerertrag und würt. Städtetag.

Der Würt. Städtetag hat in seiner Sitzung am Freitag mit lebhaftem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß das Plenum des Landtags die durch das Ausgleichsgesetz zum Landessteuerertrag den Gemeinden zur Verfügung gestellten 36 Millionen Mark im Widerspruch mit dem einstimmig gefassten Beschluß des Steueranschlusses verteilen. Der Städtetag hält die beabsichtigte Zuweisung von 12 Millionen Mark an den Ausgleichsstock für viel zu weitgehend und sieht darin die Gefahr, daß die große Masse der Gemeinden in ihrer Selbstständigkeit unnötig beeinträchtigt, ein Wettlauf zwischen den Gemeinden eröffnet, die Ausgabenwirtschaft und die Anwendung unzulässiger Methoden bei der Aufstellung der Voranschläge gefördert wird, während doch die finanzielle Lage lunkelste Einschränkung der Ausgaben und Stärkung des Verantwortungsgedankes der Gemeinden erfordert. Der Städtetag hält eine gerechte Verteilung des Ausgleichsstocks unter mehr als 1000 Gemeinden für unmöglich und die Schaffung eines neuen großen Beamtenapparats, der sich nicht umgehen ließe und den die Gemeinden aus Mitteln des Ausgleichsstocks bezahlen müßten, gerade in heutiger Zeit für unnötig. Diese Auffassung ist einmütig von sämtlichen Städtevertretern geteilt worden, und zwar nicht bloß aus den großen und mittleren, sondern auch aus den kleineren Städten. Es wäre zu wünschen, daß der Landtag nicht achtlos an diesen Bedenken vorbeigeht.

Die Kinderzulagen in der neuen Besoldungsordnung.

Im Finanzausschuß des Landtags machte heute der Finanzminister Mitteilung über die vom Reichstag beschlossene Kinderzulagen nach der Besoldungsordnung. Darnach betragen die Zuschläge in der Ortsklasse A 150, B 125, C 100, D und E 75 Prozent gegen 50 Prozent seither. Württemberg muß nun dieselben Teuerungszuschläge gewähren und zwar rückwirkend ab 1. Oktober. Das bedeutet für den Staat voraussichtlich eine Mehrausgabe von 15 Millionen. Der Minister hat den Ausschuß um die Ermächtigung, diese Zuschläge sofort auszusahlen. Nach kurzer Debatte stimmte der Ausschuß zu.

Das landwirtschaftliche Schulwesen.

Der landwirtschaftliche Hauptverband hat an das Ministerium für das Kirchen- und Schulwesen eine dringende Eingabe eingereicht, im Interesse einer baldmöglichen Intensivierung der Landwirtschaft bezw. der Bedeutung des landw. Berufsstandes für das gesamte Wirtschaftsleben die Zahl der würt. landwirtschaftlichen Winterschulen bedeutend zu erhöhen. Die Eingabe wurde damit begründet, daß das Interesse an einer besseren Fachausbildung in den bäuerlichen Kreisen immer größer werde, was schon daraus hervorgehe, daß viele Hunderte von Bauernjöhnen in diesem Jahre wegen Mangels abgewiesen werden mußten. Es wurde darauf hingewiesen, daß der würt. Staat heute für die gewerbliche Fortbildung etwa 5 Millionen verausgabt und die landwirtschaftlichen Fachschulen nur 500 000 M zur Verfügung haben.

Würt. Auftragsstelle.

Die Gründung der würt. Auftragsstelle, der eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Aufgaben zugedacht sind, wurde kürzlich in einer Versammlung von Vertretern der beteiligten Industrie-, Handels- und Handelsorganisationen unter dem Vorsitz des Arbeits-

ministers Dr. Schall vollzogen. Die Auftragsstelle wird die Geschäfte des vor der Auflösung stehenden Rohstoff- und Auftragsamt übernehmen und in erster Linie bei der Zuteilung von Wiederaufbau- und anderen Aufträgen durch das Reich im Interesse unserer würt. Wirtschaft tätig sein. Hier ist vor allem an die großen Aufträge zu denken, die nach dem Uebergang der Verkehrsanstalten und der Finanzverwaltung auf das Reich künftig von diesem ausgehen werden. Auch die Schiffsbauaufträge gehören hierher. Daneben wird die Vergebung würt. Staatsaufträge in das Arbeitsfeld der Auftragsstelle fallen. An der Gründung sind der Verband würt. Industrieller, die Handwerker Wirtschaftsstellen, die Handelskammern und der Bezirksverein Württemberg des Zentralverbands des deutschen Großhandels beteiligt.

Ein Schwindler.

Das Landespolizeiamt teilt mit, daß der bekannte rückfällige Verbreiter Otto Ulrich Friz, der am 28. August 1888 in Kirchentirnberg W. Welzheim geboren ist, und von verschiedenen Behörden gesucht wird, im Amtsgerichtsgefängnis in Stuttgart Stadt in Haft ist. Er hat hauptsächlich bei ehemaligen Kriegskameraden (meistens waren es Angehörige des Inf.-Reg. 479) unter dem unwahren Vorgeben, er benötige rasch Geld, um aufgekauft Lebensmittel zu bezahlen, oder er brauche ein Fahrrad, das er bald wieder zurückbringe, seine Betrügereien verübt. Mitteilungen über etwa im Bezirk vorgekommene Betrugsfälle, die auf den Inhaftierten zurückgeführt werden könnten, wären dem hiesigen Landjägerstationskommando zu machen.

Erlebnisse in französischer Gefangenschaft.

(S.W.) Tübingen, 8. Dez. Vor einer vierhundertköpfigen Versammlung von Bürgern und Studenten sprach gestern Abend Studententrat Nau aus Cannstatt auf Veranlassung des Nationalen Studentenbundes über seine Erlebnisse vor französischen Kriegsgerichten. Die Schilderung seiner und seiner Kameraden Weiden war eine einzige Anklage gegen die Kulturnation. Dreimal stand der Redner, der schon 1914 in Kriegsgefangenschaft fiel, wegen lächerlichen Klagevorwands, in Wirklichkeit deshalb, weil er den Mut hatte, sich als Deutscher zu bekennen und auf sein gutes Recht zu berufen, vor dem französischen Kriegsgericht. Das ganze Gerichtsverfahren war nur ein Schauspiel für die Menge. Nicht das dem Angeklagten zur Last gelegte Vergehen stand eigentlich zur Debatte, sondern Gerichtspräsident, Staatsanwalt und Vertreter benützten die Gelegenheit, um sich dem Volke als Patrioten zu zeigen. Gerade weil unsere Strafgefangenen, wie auch der Redner, der 1000 Tage in Haft war, wegen ihres Bekenntnisses zu der Sache des Vaterlandes in jene Gefängnisse geworfen wurden, deren Beschaffenheit jeder Zivilisation und Kultur spottet, sei es Pflicht unseres Volkes, mit äußerster Energie den Kampf zu ihrer Befreiung aufzunehmen. Am Schlusse des Vortrags nahm die Versammlung eine Resolution an die Reichsregierung an, worin diese gebeten wird, sich mit allen Mitteln für unsere Strafgefangenen endliche Erlösung aus schwerer körperlicher und seelischer Not einzusetzen. Keine Mühe dürfe hierfür zu groß sein.

* Pforzheim, 14. Dez. Gestern mittag gegen 1 Uhr wurde in der Westlichen Karl-Friedrichstraße 64 an dem Bijouteriegroßhändler Michael Böschlau in seinem Kontor ein Raubüberfall verübt. Der Einbrecher hatte sich vom Hofe her in die Büroräume Eingang verschafft und wurde von Herrn Böschlau, der von der Straße her ins Geschäft kam, überrascht. Bei dem sich entzündenden Kampfe wurde Herr Böschlau ein Auge mit dem Brecheisen ausgeklohen und die Nasenspitze abgeklippt. Auch vermochte der Einbrecher dem Ueberfallenen einen Knebel in den Mund zu stecken und ihn zu fesseln. Der Einbrecher wurde in die rechte Hand gebissen. Er konnte sich unbemerkt entfernen, da sein Opfer bewußtlos war. Nach den Beschreibungen des wieder zum Bewußtsein gelangenen ist der Verbrecher etwa 24 bis 26 Jahre alt, 1,65 bis 1,70 Meter, bartlos, und trug einen braunen Anzug. Seinen zweireihigen schwarzen Ueberzieher mit Krimmerbeleg tauschte er gegen den Ueberzieher des Herrn Böschlau ein. Mitgenommen hat er scheinend nur einen Brillantring mit einem einkarätigen ovalen Stein.

(S.W.) Tübingen, 14. Dez. Der Typus hat ein weiteres Opfer geordert. Der erkrankte Konviktor stud. theol. Ernst Dieterich aus Gmünd ist gestern Nacht gestorben. Seine Leiche wird unter akademischen Ehren in seine Vaterstadt übergeführt. — Wie der Minister des Innern im Landtag erklärte, sei jetzt der Bozillentwäger gefunden.

(S.W.) Tübingen W. Tübingen, 14. Dez. In der Beera beim Hofgut Bärental wurde an einer tiefen Stelle die 8 Jahre alte Marie Schilling von Kolbingen tot aufgefunden. Ihre 17jährige Schwester Franziska steht im Verdacht, das Mädchen vorsätzlich an das steile und hohe Ufer geführt und es hinabgestoßen zu haben. Gegen die ältere Schwester schwebt ein Verfahren wegen Betrugs, da sie sich für eine Abgebrannte aus Tübingen ausgab und Mehl erbettelt hatte, das ihr jedoch wieder abgenommen werden konnte. Die näheren Umstände des Mordes sind noch nicht aufgeklärt.

(S.W.) Balingen, 14. Dez. Die 17jährige Tochter des Schulmachers Vorch von hier wurde in der Nähe des an der Straße nach Ennstal gelegenen Bahnhofs in Gebüsch am Straßenrand ermordet aufgefunden. Es handelt sich um ein vorbedachtes Sittlichkeitsverbrechen. Nach dem Mörder wird eifrig gefahndet.

(S.W.) Heilbronn, 14. Dez. Die noch nicht abgeschlossene Sammlung zur Kinderhilfe hat bis jetzt (einige Landgemeinden stehen noch aus) in Stadt und Oberamt Heilbronn über 100 000 Mark ergeben.

(S.W.) Alen, 14. Dez. Der hiesige Siedlungsverein G. m. b. H. hat nunmehr 16 Wohnungen gebaut. Es sind vier Reihenhäuser, zwei mit je 5 und zwei mit je 3 Wohnungen. Eine einzelne Wohnung kam die Bewerber auf 25—30 000 Mark. Anfangs ging der Absatz der Wohnungen sehr zögernd; zuletzt jedoch waren sie sehr begehrt. Sie sind besonders für kinderreiche Familien geeignet. Die Stadt erleichterte durch großes Entgegenkommen die Finanzierung. Vorerst hat der Verein die Baulastigkeit eingestellt. Der Wohnungsmangel ist jedoch noch sehr groß und wird immer größer.

In der
Gemeinde
Calw
Zur
stehenden
mit volle
Erma
Oberamt
Calw
1. S
oder fon
hant, di
nis aus
sind erla
höflich
fremde
von Miß
Fütter
zeugen i
Entfernt
mit der
sonen in
Stalles
d a 3 W
Wortuna
werdet n
2
Schwein
derma i
fortigen
3
4
und ande
S a u f i
Standort
Seuchen
5
f a f t
rührung
zelliger
6
sowie d
D u r c h
verboten
7
den W
1. S
g e b i e
W a s h u
Es
gegeben
einige un
Inhalt d
chemische
können
Dies
dem Gen
Lebe
Schwarz
vollständ
Calw
Stra
In
Teinach
etwa 5,4
Fällen u
Bedingung
Teina
Bäume u
Ange
Mitt
beim Ba
Calw
in

Ämtliche Bekanntmachungen.
Maul- und Klauenseuche.

In dem Gehöft des Bauern Georg Nische in Dedensfronn ist die Maul- und Klauenseuche neu ausgebrochen. Die ganze Gemeinde ist Sperrgebiet.
Calw, den 14. Dez. 1920. Oberamt: Gös.

Maul- und Klauenseuche.

Zur wirksamen Bekämpfung der Seuche werden die nachstehenden Maßregeln in Erinnerung gebracht, die von jetzt ab mit voller Schärfe durchzuführen sind.
Ermäßigungen können nur mit besonderer Erlaubnis des Oberamtes eintreten.
Calw, den 10. Dez. 1920. Oberamt: Biegel, Amtmann.

I. Besondere Maßregeln für den Sperrbezirk.

1. In dem verseuchten Gehöft ist über die Stelle oder sonstigen Standorte, wo Klauenvieh steht, die Sperre verhängt, die absehbaren Tiere dürfen nur mit oberamtlicher Erlaubnis aus dem Stall (Standort) entfernt werden. Weitere Vorschriften sind erlassen über die Verwendung der Pferde außerhalb des Gehöfts, die Verwahrung des Gesäßes, die Fernhaltung fremden Klauenviehs von dem Gehöft, das Begeben von Milch, die Abfuhr von Dünger und Nauche, die Ausfuhr von Futtermitteln, Stroh und Wolle, das jedesmalige Herausbringen von Fahrzeugen und Gerätschaften, namentlich Milchtransportgefäßen, die Entfernung von Kadavern u. a. Der Besitzer sein Vertreter, die mit der Beaufsichtigung, Wart und Pflege der Tiere betrauten Personen und Tierärzte müssen sich beim Verlassen eines gesperrten Stalles reinigen und desinfizieren. Anderen Personen ist das Betreten der gesperrten Ställe verboten. Zur Fortuna des Klauenviehs in dem Gehöft dürfen Personen nicht verwendet werden, die mit fremdem Klauenvieh in Verbindung kommen.
 2. Sämtliches Klauenvieh (Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine) nicht verseuchter Gehöfte unterliegt der Absonderung im Stalle und darf nur mit oberamtlicher Erlaubnis zur sofortigen Schlachtung entfernt werden.
 3. Sämtliche Hunde sind festzulegen.
 4. Schläfer, Viehfahrer sowie Händler und anderen Personen die gewerbmäßig in Ställen verkehren, ferner Hausierhändler ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrbezirk und der Eintritt in die Seuchenechste verboten.
 5. Dünger und Nauche von Klauenvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Verbindung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit polizeilicher Erlaubnis ausgeführt werden.
 6. Die Einfuhr von Klauenvieh in den Sperrbezirk sowie das Durchtreiben von solchem Vieh und das Durchfahren mit Vieberückergespännnen durch den Bezirk ist verboten. Ausnahmen für die Einfuhr kann das Oberamt zulassen.
 7. Die Ver- und Entladung von Klauenvieh auf den Bahnhöfen im Sperrbezirk ist verboten.
- II. Besondere Maßregeln für das Beobachtungsgebiet,**
soweit es in den Oberamtsbezirk fällt.
1. Klauenvieh darf aus dem Beobachtungsgebiet nicht entfernt werden. Das Oberamt kann die Ausfuhr in der Regel nur zu sofortiger Schlachtung zulassen.

2. Das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit Vieberückergespännnen ist verboten.

III. Gemeinsame Maßregeln für Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet und 15 Kilometer-Umkreis,
soweit sie in den Oberamtsbezirk fallen.

- Verboten sind:
1. Die Abhaltung von Märkten und marktähnlichen Veranstaltungen mit Klauenvieh, sowie der Ausrück von Klauenvieh auf Jahr- und Wochenmärkte.
 2. Der Handel mit Klauenvieh, der ohne vorläufige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Vereinbarung einer solchen stattfindet. Als Handel gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.
 3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh.
 4. Die Abhaltung von öffentlichen Tierschauen mit Klauenvieh.
 5. Das Begeben von nicht ausreichend erhitzter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerei, soweit dies nicht schon ohnehin verboten ist ferner die Entfernung der zur Infektion der Milch und zur Ablieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerei, bevor sie desinfiziert sind.
- Als ausreichende Erhitzung der Milch ist anzusehen:
- a) Erhitzung über offenem Feuer bis zum wiederholten Aufkochen;
 - b) Erhitzung durch unmittelbar oder mittelbar einwirkenden strömenden Wasserdampf auf 85°;
 - c) Erhitzung im Wasserbad und zwar entweder auf 85° für die Dauer einer Minute oder, unter der Voraussetzung daß durch geeignete Vorrichtungen eine gleichmäßige Erwärmung der gesamten Milchmenge oder Milchrückstände gewährleistet ist, auf 70° für die Dauer einer halben Stunde.
- Die Desinfektion der Milchgefäße kann mit strömendem Wasserdampf oder durch Auskochen in Wasser oder 3prozentiger Soda- oder Seifenlösung oder auf eine der folgenden Arten geschehen:
1. durch Einlegen der Gefäße in kochendes Wasser oder kochendes heiße Sodablösung oder dünne Palkmilch für die Dauer von mindestens 2 Minuten derart, daß alle Teile der Gefäße von der Flüssigkeit bedeckt sind;
 2. oder durch gründliches Abbürsten der Außen- und Innenfläche der Gefäße nebst Griffen, Deckeln und anderen Verschönerungsteilen mit kochendem heißem Wasser oder kochendem heißer Sodablösung oder dünner Palkmilch.
- Jeder weitere Ausbruch oder Verdacht der Seuche ist der Ortspolizeibehörde sofort nach dem Auftreten der ersten Krankheitserscheinungen anzuzeigen. Verletzungen der Anzeigepflicht oder der vorstehend angeordneten Schutzmaßregeln unterliegen den Strafbestimmungen des § 328 StGB und der §§ 74 bis 77 des Viehseuchengesetzes und ziehen den Verlust des Entschädigungsanspruches für Rindvieh nach sich.

Bekanntmachung des Ministeriums des Innern,
betreffend die Fahrnisfeuerversicherung.

Die Bekanntmachung vom 12. Mai 1920 (Amtsblatt S. 126, Staatsanzeiger Nr. 114), durch welche auf die Notwendigkeit einer

sorgfältigen Nachprüfung der Fahrnisfeuerversicherungen hingewiesen worden ist, und die Oberämter und die Gemeindebehörden veranlaßt worden sind, bei jeder Gelegenheit auf eine ausreichende Feuerversicherung der Fahrnis der Bezirks- und Gemeindeangehörigen hinzuwirken, hat, wie dem Ministerium des Innern berichtet wird, die Folge gehabt, daß mehrere Monate lang aus allen Teilen des Landes eine außerordentlich große Zahl von Nachversicherungsanträgen eingegangen ist. Eine nachhaltige Wirkung habe jedoch die Bekanntmachung nicht ausgeübt; es werde vielmehr in Schadensfällen noch immer die Erfahrung gemacht, daß ein ganz unverhältnismäßig großer Teil der Versicherten, insbesondere auch unter der ländlichen Bevölkerung so ungenügend versichert ist, daß ihnen oft nur die Hälfte, teilweise sogar nur ein Drittel oder Viertel ihres Schadens ersetzt werden kann. Insbesondere sind solche Versicherte, die ihre Feuerversicherung in den ersten Kriegsjahren neu geordnet haben, vielfach der irrigen Ansicht, daß für sie eine weitere Erhöhung nicht mehr nötig sei, wobei sie übersehen, daß auch Versicherungssummen, die noch vor zwei oder drei Jahren als völlig ausreichend gelten konnten, unter den heutigen Verhältnissen bei weitem nicht mehr genügen, um die inzwischen eingetretene weitere Verteuerung der Fahrnisgegenstände, Warenvorräte, landwirtschaftlichen Erzeugnisse und des Viehstands zu decken. Mahnungen und Aufforderungen, die in diesem Sinn von den Versicherungsgesellschaften und ihren Vertretern an die Versicherten gerichtet werden, haben nur teilweise Erfolg.

Im Hinblick auf die schwere Schädigung des Volkvermögens, welche die notwendige Folge einer in so weitem Umfang bestehenden ungenügenden Feuerversicherung ist, erscheint es geboten, nochmals eindringlich auf die Notwendigkeit eines ausreichenden Feuerversicherungsbeitrags hinzuweisen.

Die Oberämter und Gemeindebehörden werden wiederholt beauftragt, in geeigneter Weise auf die Bevölkerung einzuwirken.
Stuttgart, den 4. Dezember 1920. Graf.

Für die Schriftleitung verantwortl.: Otto Selmann, Calw
Druck und Verlag der A. Bickelger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.



Vorbeugend, heilend, lindernd und kühlend bei spröder, rissiger Haut, Entzündungen, kleinen Verletzungen, Brandwunden und leichten Ausschlägen wirkt Nivea-Creme.

P. Beliersdorf & Co., G.m.b.H., Hamburg.
Hersteller der Zahnpasta PEBECO.

Stadtgemeinde Calw.

Es ist festgestellt worden, daß von den kürzlich ausgegebenen

Leberwurstkonserven

einige ungenießbar sind. Solche Leberwurstkonserven, deren Inhalt durch den Zutritt von Luft eine deutlich sichtbare chemische Zersetzung bzw. Schimmelbildung erfahren hat, können bei dem Metzger, von dem sie bezogen wurden, **umgetauscht werden.**
Diesem wird dann später Ersatz geleistet werden. Vor dem Genuß solcher Konserven wird gewarnt.
Leberwurstkonserven, deren Oberfläche nur eine vom Schwarzblech herrührende dunkle Färbung aufweist, sind vollständig einwandfrei.
Calw, den 14. Dezember 1920.
Stadtkulturheizenamt: Göhner.

Straßen- und Wasserbauamt Calw.

An der Staatsstraße Nr. 127, Bahnhof — Bad-Teinach auf der Markung Sommerhardt werden

- 9 Eschen, 20—58 cm Durchmesser,
- 1 Linde, 58 cm Durchmesser und
- 1 Akazie, 22 cm Durchmesser, im Meißelhalt von zusammen etwa 5,4 Festmetern auf dem Stock verkauft. Das Fällen und Ablösen der Bäume ist Sache des Käufers. Bedingungen sind bei Straßewarter Großmann in Teinach einzusehen, welcher auch die zu entfernenden Bäume vorzeigt.

Angebote in runder Summe sind spätestens bis **Mittwoch, den 22. Dezember ds. Js.,** nachmittags 2 Uhr, beim Bauamt einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Tage.
Calw, den 14. Dezember 1920. J. B.: Geiger.

Schwarze Strümpfe
in allen Größen, weiße und farbige **Erstlingsstrümpfe**
empfiehlt
Paul Röchle, Calw.

Schwarze Strümpfe
in allen Größen, weiße und farbige **Erstlingsstrümpfe**
empfiehlt
Paul Röchle, Calw.

Amtsgericht Calw.

Urteil.

In der Strafsache gegen den Reichswehrgesetzten, 12. Komp., Schützenregiment 25,
Gottlob Braitmaier in Ludwigsburg
wegen **Schleichhandels,**

hat das Schöffengericht in Calw am 1. Dezember 1920 für Recht erkannt:
Der Angeklagte wird wegen 1 Vergehens des Schleichhandels **zu der Gefängnisstrafe von 1 Monat und zu der Geldstrafe von fünfhundert Mark evtl. weiteren 50 Tagen Gefängnis** verurteilt. Der erzielte Gewinn in Höhe von 180 Mark wird eingezogen. Das Urteil ist auf Kosten des Angeklagten durch einmaliges Einrücken im Calwer und Ludwigsburger Amtsblatt sowie je durch Stägigen Aushang an der Gerichtstafel und am Rathaus in Stammheim M. Ludwigsburg öffentlich bekannt zu machen. Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Beglaubigt unter Bescheinigung der Vollstreckbarkeit des Urteils.
Den 13. Dez. 1920. Kaufm., Notariatsprakt.

Weihnachtsgänse!
(junge Bratgänse)
Vorausbestellungen wollen jetzt schon gemacht werden.
Pfannkuch & Co. Tel. 45.

Ein **Mädchen**
mit 16 Jahren sucht Stellung in der Landwirtschaft. Zu erfragen auf der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein älterer **Knecht**
sucht Stellung als Viehfütterer bei geringem Lohn. Näh. auf der Geschäftsstelle ds. Bl.
Ein Paar fast ganz neue **Damenstiefel**
Größe 40, zu verkaufen. Lederstraße 167.
Einen fetten **Ziegenbock**
(vergläubt), verkauft. Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Hausfrauen!
Verlangen Sie überall beim Einkauf nur **Schlatterer's Kernseife** **Idealseife**
Salmiak-Terpentin-**Seifenpulver**
Anerkannt altbewährte, beste und billigste Waschmittel - Jetzt wieder in Friedensqualitäten erhältlich.
Hersteller: **Chr. Schlatterer, Calw.**

Ziehharmonikas
kosten vor Jahreschluss, um zu räumen, nur noch den halben Preis. 1 reicher von 40 Mk. an, 2 reicher von 70 Mk. an in der Harmonika- u. Balgfabrik **Gehr. Hohnloser & Co.** Pforzheim, Bergstr. 27 (Wilhelmshöhe).

2 einsp. u. 1 zweisp. Leiterwagen,
1 leichten einsp. **Schlitten,**
(für Milchhändler) **1 zweiflügeligen Rinderschlitten**
mit Pelzdecke verkauft **Chr. Stürner.**
Ein neues **Rückenbüfett**
hat billig zu verkaufen. Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gesucht zum 1. Januar fleißiges, ehrliches **Mädchen**
(nicht unter 18 Jahren), das schon gedient hat und auf dauernde Stellung sieht, in gutes Geschäftshaus.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Zimmer gesucht
zum Einstellen von Möbeln.
Von wem? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Haus- und Grundbesitzer!

Es hat sich hier ein Mieterverein gebildet. Bei den in Calw immer noch üblichen außerordentlich billigen Mietpreisen, welche den heutigen Verhältnissen, dem gesunkenen Geldwert und den unerschwinglichen Preisen für Instandsetzungen etc. schon längst nicht mehr gerecht werden, ist diese Gründung, dem ganzen Inhalt des verleiteten Flugblattes nach, ein Versuch, das bisher erträgliche Verhältnis zwischen hiesigen Hausbesitzern und Mietern zu ändern, die dem Hausbesitz bedürftigen außerordentlichen Lasten an Grund- und Gebäudesteuern nur auf den Hausbesitzer abzuwälzen, bezw. vom Mieter fernzuhalten. Durch diese, in den hiesigen Verhältnissen nicht begründete, vielmehr von außen in unsere Stadt getragene Bewegung war der Haus- und Grundbesitzerstand gezwungen, sich ebenfalls zu organisieren.

Am 10. Dezember hat eine Versammlung vieler Haus- und Grundbesitzer stattgefunden, in welcher einstimmig beschlossen worden ist, einen

Haus- und Grundbesitzerverein Calw zu gründen. Die Eintragung desselben in das Vereinsregister ist in die Wege geleitet. Der Verein ist durchaus parteilos und bezweckt lediglich die Vertretung der Interessen der Haus- und Grundbesitzer, gleichviel welcher politischen Partei sie angehören.

Durch die Not der Zeit gezwungen hat sich der Verein seine Ziele weiter gesteckt. „Wir sind an der Grenze der Leistungsfähigkeit unserer Stadt angelangt“, mußte der Stadtvorstand vor einiger Zeit feststellen. Den Verhältnissen und den oft zwingenden Notwendigkeiten vielleicht nicht genügend Rechnung tragend, glauben wir die Rechte der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Stadt seien in Gefahr. Sie sagen sich, so kann es nicht mehr weiter gehen. Deshalb wollen wir denjenigen Gemeinderäten den Rücken stärken, welche an dem bewährten Grundgesetz festhalten: „Keine Ausgabe, ohne Deckung“. Viele Haus- u. Grundbesitzer sowie Geschäftsleute sind der Meinung, daß auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung mehr eingespart werden muß, denn letzten Endes hat doch der Grund- und Gebäudekataster sowie der Gewerbesteuer das Defizit zu tragen. Sie alle, die bis jetzt dem Gange der Dinge bekümmert und untätig zuschauen mußten, sie sollen in unserem Verein zum Wort kommen. Die Wahrung der Rechte der Haus- und Grundbesitzer ist unsere vornehmste Aufgabe. Diefelben beruhen auf Verfassung, Recht und Gesetz und nicht bloß auf Verordnungen.

Wir laden deshalb alle Gleichgesinnten — besonders auch die Frauen — ein, uns durch ihren Beitritt zu unterstützen. Keiner glaube, er habe es nicht nötig, sich mit uns zu vereinigen, weil er keinen Mieter hat, oder mit ihm bis jetzt gut auskommen ist, oder weil er bisher keine Störung seiner Bequemlichkeit in seinem Einfamilienhaus hat empfinden müssen. Auch an ihn kann noch die Reihe kommen, in seinem Hausfrieden belästigt zu werden. Was unser Markt, weiß jeder, der sich die Mühe gegeben, die Entwicklung der kommenden Mietssteuer zu verfolgen. Nur ein Zusammenschluß aller Haus- und Grundbesitzer kann uns helfen. Vereinigt euch deshalb mit uns, unterstützt uns durch euren Beitritt und gebt uns durch eure Beiträge die Mittel an die Hand, in Wort u. Schrift für eure Interessen, die auch die unsrigen sind, einzutreten!

Einladung!

Am Freitag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, wird Herr Professor Weitzbrecht, Gemeinderat in Stuttgart, im geheiligten mittleren Saale des „Pfälzischen Hofes“ einen Vortrag halten über

Die Wohnungsfrage

Wir laden unsere Mitglieder, sowie sämtliche Haus- und Grundbesitzer — auch Frauen — ein, recht zahlreich zu erscheinen.

Haus- u. Grundbesitzerverein Calw.

Frisch eingetroffen:

Große Schellfische,
„Kabeljau“ ohne Kopf, Pfd. 4.50
PFANNKUCH & Co. Tel. 45.

Einen großen Transport



trächtig. Rube
und Kalbinnen
(Rotscheck)

haben wir diesen Freitag von vormittags 8 Uhr ab

im „Schwarzen Adler“
in Nagold

zum Verkauf, wozu Kaufliebhaber höflichst einladen.

Rahn & Lassar, aus Baißingen.

Kinderschürzen
Trägerschürzen
in großer Auswahl bei
Paul Räuchle, Calw.

Defen Herde

Waschkessel

verkauft ab Lager zu den billigsten Preisen
Eugen Lebzelter, Calw
Lederstr. 119, Telef. 178.

Gutes

Pianino

von Privatmann zu mieten gesucht.
Angebote unter M. 292 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ich empfehle

für Herren und Knaben
Trikothemden, Makkohemden,
Einsatzhemden, Unterhosen,
Socken, Strümpfe, Hosenträger
Paul Räuchle, Calw.

Klavier- u. Harmonikustimmer

von Musikhaus Sattler, Pforzheim
kommt in einigen Tagen nach Calw.

Anträge wollen auf der Geschäftsstelle dieses Blattes niedergelegt werden.



New York Herald

Zigaretten
Solitude . . . 20
Dokles . . . 25
Heraldco . . . 30
Bartholdi . . . 40
Mei Derholm . . . 40
Perle der Riviera 50
Alle Sorten sind aus rein orient. Tabaken hergestellt

New-York Herald Company
m. b. o.
Zigaretten-Fabrik, Stuttgart

Das geeignetste Weihnachtsgeschenk
sind und bleiben meine
warmen Winterschuhe
sowie **Lederwaren**
für Erwachsene und Kinder und habe darin
große Auswahl
Karl Stoll, Haggaffe.

Hirsau.

Billig zu verkaufen:

- 1 gebr. gutnähende Singer-Nähmaschine,
- 2 Delbruck-Bilder in Gold-Rahmen,
- 1 Grammophon m. Tisch u. 32 Platten,
- 1 schönes Harmonium, voll und weittragender Ton.

Liebenzellerstr. 145 a (früh. Elektr.-Werk).

Bad Liebenzell.

Am Donnerstag, den 16. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Landhaus Emendörfer, neben Hotel Kurpark, wegen Wegzug Verkauf von allerlei Hausrat gegen bar.
Stadtinventierer R o l b.

Dr. Detter's Eiweiß-Nahrung Urkraft

ist natürliche, hochkonzentrierte
Vollnahrung zur raschen Kräftigung
Kranker, Schwacher, Genesender,
Kinder, sowie werdender und
stillender Mütter.

Regelmäßig täglich 3 Teelöffel voll in
Getränken und Speisen zu nehmen.



Herzlich empfohlen.
Verlangen Sie Gratisprobe
und Prospekt in den Apotheken
und Drogerien.



Um billiges **Geld erhalten Sie**

ein passendes
Weihnachtsgeschenk:

Haar-Ketten,
komplett von 15 Mark an,
Puppen-Perücken
und Haararbeiten,
ganz besonders empfehle ich mein
reichhaltiges Lager in
Toilette-Artikeln.

R. Genthner, Bad Liebenzell
Herren- und Damen-Friseur.

Restaurant
„Rebstöckle“
Stuttgart,
Karlsruhe 15

Bekannt gute Küche,
reine Weine,
Stuttgart. u. Münchner
Biere.

Es empfehlen sich
Hugo Stotz, u. Frau
Klara, geb. Wochele.

Einen neuen hartholzernen

Kleiderkasten,

und einen gebrauchten

Rüchekasten

hat zu verkaufen

Ehr. Kentschler,
Oberreichenbach.

Weihnachts-
Kerzen
in weiß und farbig,
1 Pak. 24 Stk. 4.40

Wachskerzen
Paket 9 A empfiehlt
H. Hauber.

Eine ältere

Ruh

steht dem Verkauf aus

Christian Schöffler,
Althengstett.

Verkaufe wegen un-
genügender Bezahlung der
Postdirektion meine in gutem
Zuge erprobten

Braun-
wallachen
(1,58 m groß),
gute Gänger und kaufe
einen etwas stärkeren

Einspänner.

J. Pfommer, Postbote,
Bieselsberg.
Besuchszeit von 11-1 Uhr
vor der Post in Liebenzell
oder abends 6 Uhr i. m. Hause.

Calw, 14. Dezember 1920.

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher
Teilnahme an dem herben Verlust, der uns
durch den Heimgang unserer lieben Gattin
und Mutter betroffen hat, bitten wir auf
diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus-
sprechen zu dürfen.

Namens der Hinterbliebenen:

E. Kölle, Missionar und Kinder.

Unsere Geschäftsräume sind am
Samstag, den 18. Dez. 1920,
den ganzen Tag

geschlossen.

**Creditbank für Landwirtschaft und
Gewerbe in Calw (e. G. m. b. H.)**

W. Schäberle Hutmacher

neben dem Rathaus **Calw** neben dem Rathaus
empfiehlt

Seiden- und Klapphüte
Haar- und Wollhüte

Plüschhüte schwarz und farbig
Konfirmanten- u. Knabenhüte

Sport- und Schülermützen
für Herren und Knaben

Zimmer- u. Einziehpantoffel
Aufnä- und Einlegsohlen

Gummihosenträger nur bester
Qualität
umformen, waschen, färben
älterer Hüte nach neuesten Formen.

Wandkalender

mit Verzeichnis der Märkte des
Bezirks und der Nachbarbezirke
sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück
zu 60 Pfg. erhältlich.